

Aktuelles aus dem Verwaltungsrat vom 2. Oktober 2015

Die Sitzung am 2. Oktober 2015 stand im Zeichen der aktuellen Herausforderungen aufgrund der starken Zuwanderung von Flüchtlingen:

- Um noch in diesem Jahr unbürokratisch und flächendeckend zusätzliche allgemeine Sprachkurse anbieten zu können, hat der Verwaltungsrat beschlossen, einmalig und befristet Beitragsmittel der BA aus der Interventionsreserve für bis zum 31. Dezember 2015 beginnende **Sprachkurse für Asylbewerber** mit einer guten Bleibeperspektive zur Verfügung zu stellen (vgl. [Presseinformation](#)). Basis dafür ist die geplante Rechtsänderung im SGB III im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes.

Die Gruppe der Arbeitnehmer erklärte in der vorausgegangenen Debatte, den Beschluss mitzutragen, da das Gesetz nur eine vorübergehende Verwendung von Beitragsmitteln vorsehe. Keinesfalls dürfe dies ein Präzedenzfall für weitere Finanzierungen von Bundesaufgaben aus dem Haushalt der BA sein. Kritisiert wurde, dass der Bund trotz mehrfacher Forderungen keine ausreichenden Steuermittel zur Sprachförderung in 2015 bereitstellt. Es wäre ein gutes Signal für die inländischen Arbeitnehmer gewesen, wenn der Gesetzesentwurf mit einer Verlängerung der Rahmenfrist beim Arbeitslosengeld verbunden worden wäre. Bei den Sprachkursen sollte die BA eine qualifikationsgerechte Vergütung der Lehrkräfte und die Einhaltung von Qualitätsstandards einfordern.

Die Gruppe der Arbeitgeber sieht den Beschluss über die Sprachförderung als Beitrag der BA in einer beispiellosen Notsituation. Die Finanzierung allgemeiner Sprachkurse sei eine einmalige, den aktuellen Herausforderungen geschuldete Unterstützungsleistung und keine originäre Aufgabe der BA. Eine qualifikationsadäquate Vergütung der Lehrkräfte ist auch mit Blick auf den Fachkräftebedarf in diesem Bereich richtig.

Außerdem besteht Konsens, nicht nur die Integrationsbemühungen für Flüchtlinge zu verstärken, sondern gleichermaßen die Förderung und Eingliederung inländischer Arbeitsloser und Arbeitssuchender weiter voranzubringen.

Für den **30. Oktober 2015** hat der Verwaltungsrat eine **Sondersitzung** anberaumt, um noch vor den Haushaltsberatungen die notwendigen Weichen zur Bewältigung des auf die Agenturen und Jobcenter zukommenden Flüchtlingsstromes stellen und die mit der Integration zusammenhängenden Herausforderungen adressieren zu können.